

INTERVIEW

„Chancen für Zugriff in der Schweiz“



Thomas Koblenzer arbeitet als Rechtsanwalt in Düsseldorf und Zürich. Er ist Honorarprofessor für Steuerrecht der Unternehmen an der Universität Siegen.

FTD Viele deutsche Steuerzahler ärgert es, dass sie für Griechenland zahlen müssen und zugleich reiche Griechen offenbar große Geldbeträge in der Schweiz verstecken. Was wäre dort zu holen?

THOMAS KOBLENZER Bekanntermaßen parkte schon der legendäre griechische Reeder Aristoteles Onassis sein Vermögen in der Schweiz. Seither haben viele Griechen hohe Vermögensbestände dort angelegt, ein dreistelliger Milliardenbetrag ist nicht auszuschließen. Man muss allerdings sehen, dass diese Leute auch Angst haben, dass angesichts der wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat etwas mit ihrem Ersparten passieren könnte. **Griechenland verhandelt mit der Schweiz ein Abkommen, um einen steuerlichen Zugriff auf Vermögen seiner Landsleute zu bekommen. Wann wird dies möglich sein?**

KOBLENZER Vor 2013 ist damit sicher nicht zu rechnen. Die Blaupause ist das deutsche Abkommen, mit dem in der Schweiz liegendes, nicht-deklariertes Vermögen nachbesteuert werden soll. Bei der kürzlich veröffentlichten „Liste der Schande“ griechischer Steuerschuldnern geht es aber darum, ob das Land bestehende Forderungen gegen seine Bürger eintreiben kann.

Welchen Hebel hat Griechenland?

KOBLENZER In der EU gilt: Bestehen Ansprüche auf Steuern könnte Griechenland zur Tat schreiten und beispielsweise deutsches Grundvermögen wie eine Wohnung in Berlin vollstrecken. Erfahrungsgemäß sind deutsche Behörden da nicht zimperlich. Ich vermute, dass reiche Griechen deshalb lieber in die Schweiz gehen. Doch könnte Athen über innerstaatliches Schweizer Recht aktiv werden.

Wie funktioniert das?

KOBLENZER Bei Abgabenbetrug gewährt die Schweiz Rechtshilfe. Entscheidend ist, dass die griechischen Behörden eine Steuerschuld aus dem weltweiten Einkommen ihres Bürgers festgesetzt haben, mangels Vermögen oder Zahlungswilligkeit in der Heimat aber nicht vollstrecken können. Dies wäre aus Schweizer Sicht ein Fall von Abgabenbetrug, wenn Geld im Ausland vorhanden, dies im Heimatstaat aber verschleiert und dem Leistungsanspruch vorsätzlich entzogen wird. Folglich sehe ich gute Chancen für den griechischen Staat, festgesetzte und säumige Steuerschulden einzutreiben. Die Schweiz wird sich aus politischen Gründen wohl nicht sperren.

INTERVIEW: STEFAN SCHAAF